

DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern  
1. Landesparteitag, 2. Tagung  
25. Oktober 2008, Sternberg

## **Beschluss**

### **Historische Debatte offensiv und zukunftsorientiert führen**

Im Jahr 2009 wird eine ganze Reihe runder Jahrestage begangen, die politisch bedeutsam sind. Dazu gehören die staatliche Trennung Deutschlands durch die Gründung der BRD im September und der DDR im Oktober 1949, die Verabschiedung des Grundgesetzes im Mai desselben Jahres und die Öffnung der Staatsgrenze der DDR nach Westen im November 1989.

Bereits heute zeigt sich, dass diese Anlässe genutzt werden sollen, den Versuch der Errichtung eines sozialistischen Staates auf deutschem Boden zu delegitimieren und zu diffamieren. Dabei werden Errungenschaften und Lebensleistungen der in der DDR lebenden Menschen ebenso ignoriert wie die Tatsache, dass selbst Teile der CDU in der Gründungsphase der Bundesrepublik und die SPD bis heute auf der Basis des Grundgesetzes den Sozialismus als staatliche Grundordnung forderten. Das Grundgesetz, zu dem wir uns ausdrücklich bekennen, schließt die Schaffung eines demokratischen Sozialismus nicht aus. Demzufolge ist es somit auch praktisch möglich, eine neue Gesellschaftsordnung auf der Basis des Grundgesetzes herbeizuführen, die Freiheit und Gleichheit, Sozialismus und Demokratie, Menschenrechte und Gerechtigkeit unteilbar miteinander verbindet. Dafür setzen wir uns ein.

Die Notwendigkeit der Überwindung der kapitalistischen gesellschaftlichen Verhältnisse ist spätestens seit dem vollen Ausbruch der globalen Finanzmarktkrise offenkundig. Selbst schärfste Verfechter des freien Marktes und der Deregulierung sprechen sich plötzlich für die Verstaatlichung von Banken und anderen Finanzkonzernen aus. Auch der Protest gegen den geplanten Börsengang der Bahn wird wieder lauter und wächst in der gesamten Gesellschaft. Für Banken hat der Staat Bürgschaften übernommen und Finanzspritzen in Milliardenhöhe bereitgestellt, die letztlich durch die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler aufzubringen sind. Forderungen nach mehr Einfluss des Staates durch mehr Regulierung bis hin zu Verstaatlichungen sind in ähnlicher Form im Kommunistischen Manifest nachzulesen. Noch vor kurzem wurden derartige Ideen etwa von allen anderen im Bundestag vertretenen Parteien als DDR-Staatssozialismus diffamiert.

Deshalb beschließt der Landesparteitag:

DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern wird sich auch im Jahr 2009 offensiv und differenziert mit der Geschichte des Sozialismus als auch mit den Erfahrungen aus 60 Jahren BRD unter besonderer Berücksichtigung der linken Bewegung in beiden deutschen Staaten befassen. Sie bringt sich initiativreich in die Debatte ein. Wir sind uns dabei der eigenen Verantwortung für die Geschichte bewusst. Aus der Vergangenheit zu lernen, heißt für uns, Errungenschaften und positive Erfahrungen der DDR und der BRD zu verteidigen, Fehlentwicklungen und deren Ursachen deutlich zu benennen und Alternativen aufzuzeigen. Wir stellen unsere historischen Debatten daher in den Kontext der Fragen nach einer humanistischen und sozial gerechten Gesellschaftsform sowie den Möglichkeiten und Chancen eines Demokratischen Sozialismus im 21. Jahrhundert. Versuche, die Lebensleistungen von Millionen Ostdeutschen in diesem Zusammenhang pauschal zu diffamieren, weisen wir entschieden zurück. Notwendig ist eine selbstkritische Analyse für das Scheitern des zunächst von vielen Menschen gewollten Sozialismusversuches, insbesondere die Rolle der SED und der von ihr

geführten Nationalen Front.

Der Landesverband bringt sich intensiv in die Vorbereitung und Durchführung der Historischen Konferenz der Bundespartei im kommenden Jahr ein. Der Landesvorstand wird beauftragt, gemeinsam mit den Kreisvorständen, den Arbeits- und Interessengemeinschaften des Landesverbandes sowie weiteren Partnerinnen und Partnern Veranstaltungen zu konzipieren und durchzuführen, die Angebote für einen offensiven und zukunftsorientierten Umgang mit der Geschichte der Linken in der DDR und BRD unterbreiten.